



Deutsche  
Verwaltungspraxis

## Liebe Leserinnen und Leser,

vor einem Jahr waren wir alle noch in besonderer Weise von der **Coronapandemie** gefangen. Bedrückende Monate lagen hinter uns. Viele Bürgerinnen und Bürger sind mit dem Coronavirus infiziert worden und haben – häufig nur mit Mühe – die Erkrankung überwunden. In besonderer Weise waren das Gesundheitswesen, die Verwaltung (Stichwort: Gesundheitsämter), die Gerichte und die Parlamente gefordert. Und doch begleitete uns zum **Jahreswechsel 2022 die Hoffnung**, dass mit dem Frühlingbeginn die Pandemie ihren Schrecken verlieren wird. **Und heute? Corona** spielt in der **öffentlichen Debatte kaum noch eine Rolle**. Doch Corona hat Deutschland nicht verlassen. Es sind immer noch sehr viele Menschen negativ betroffen, was die Meldungen über Krankenstände in Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen zeigen, und doch gibt es nur noch ein begrenztes öffentliches Interesse an Inzidenzzahlen und möglichen einschränkenden Maßnahmen des Staates. Was ist geschehen?

Der **24.2.2022** hat die **Welt verändert**. Das **Putin-Russland** von heute hat mit brutaler Macht seinen **Nachbarn, die Ukraine, überfallen**. Ziel Putins war es, diesen selbstständigen Staat in Europa von der Landkarte zu tilgen. Die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock sagte am Vormittag des 24.2.2022 in Berlin: „Wir sind in einer **anderen Welt aufgewacht**.“ Sie hat damit zutreffend beschrieben, dass alte Gewissheiten ihre Berechtigung verloren haben und wir auf **neue Herausforderungen neue Antworten** geben müssen. Die notwendigen Sanktionen der (vorwiegend westlichen) Staatengemeinschaft haben ihre Wirkungen nicht nur beim Aggressor entfaltet, sondern auch gravierende negative Folgen für unser Gemeinwesen hervorgebracht. Seit dem Beginn des Angriffskrieges haben wir

- **deutlich steigende Zahlen der Kriegsflüchtlinge** aus der Ukraine zu verzeichnen,

Aktuell wird von 1.000.000 Kriegsflüchtlingen ausgegangen. Diese Zahlen können sich im bevorstehenden Winter noch dramatisch erhöhen, da in den letzten Wochen Bombardements Russlands in hohem Maße notwendige kritische Infrastruktur beschädigt bzw. zerstört haben.

- mit einer **dramatisch steigenden Inflation** zu kämpfen,

Die Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2 % pro Jahr wurde in diesem Jahr deutlich gerissen. In einzelnen Monaten war dieser Wert sogar zweistellig. Hohe Inflation führt zu einem drastischen Kaufkraftverlust, von dem in besonderem Maße die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft betroffen sind.

- eine **Energiekrise ungeahnten Ausmaßes** zu bewältigen,

Dabei sind zwei Elemente Kennzeichen dieser Energiekrise. Die Energieknappheit auf der einen Seite (Stichwort: Gas) und die dramatische Verteuerung auf der anderen Seite (Stichworte: Benzin, Diesel und Strom). Der Staat versucht nun, mit einem Bündel von Maßnahmen und Gesetzen die Energiesicherheit und die Finanzierung der Energie für Private und

Unternehmen zu gewährleisten. Eines der ersten Gesetze zur Bewältigung der Krise war das Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Einführung einer Füllstandsvorgabe sowie zur Änderung von § 246 Baugesetzbuch vom 26.4.2022 (BGBl. I, S. 674). Und mit dem Gesetz zur temporären Senkung der Umsatzsteuer auf Gaslieferungen über das Erdgasnetz vom 25.10.2022 (BGBl. I, S. 1743) wird der Normsetzungsprozess noch lange nicht abgeschlossen sein. Alte Gewissheiten werden auf den Prüfstand zu stellen sein. Heute wird intensiv über die Rahmenbedingungen einer Gaspreisbremse gesprochen. Die Erfinderin dieses Instruments wurde vor Monaten kritisiert und ausgelacht; heute hört die Regierung auf diese Ökonomin („Süddeutsche Zeitung“ 29/30.10.2022, S. 34).

- uns um den **gesellschaftlichen Zusammenhalt** zu sorgen.

Diese **aktuelle Krise** ist noch **nicht vorbei**. Für beide Krisen, Pandemie und Folgen der russischen Aggression, gibt es eine Gemeinsamkeit: Es gibt keine Blaupause zur Bewältigung der Herausforderungen. Es müssen erst neue Instrumente entwickelt und dann umgesetzt werden. Dabei spielt der **Faktor Zeit eine ganz entscheidende Rolle**. Hier sind in besonderer Weise die Verwaltungen und die Gerichte gefordert. Die Politik muss mit zunehmender Geschwindigkeit weitreichende Entscheidungen treffen. Aufgabe der Verwaltung wird es sein, diese Vorgaben umzusetzen. Geht es um den finanziellen Transfer (z.B. Umsetzung der geplanten Gaspreisbremse), können weite Teile der Gesellschaft nicht Monate auf eine Entscheidung über ihr Begehren warten. Soll ein Abwenden von Teilen der Bevölkerung von der Demokratie verhindert werden, ist **Schnelligkeit das Gebot der Stunde**. Dies fordert nicht nur veränderte Abläufe, sondern auch veränderte Personalzumessungen in der Verwaltung.

Unser Land wird diese **Herausforderungen bewältigen** können. Der Umfang der Blessuren wird davon abhängen, wie schnell wir uns auf die veränderten Rahmenbedingungen einstellen können und wollen. Leider wird dies **nicht die letzte Krise** in den nächsten Monaten sein, die es zu bewältigen gilt. Dabei ist über das Thema Klimakrise noch nicht gesprochen worden. Zutreffend formuliert Ex-Minister Thomas de Maizière in einem Interview: „*Die Krise ist der Normalfall.*“ („Tagesspiegel“ vom 8.8.2022) Wenn sich alle, Bürgerinnen und Bürger, Beschäftigte in den Verwaltungen und Gerichten sowie die politisch Verantwortlichen auf die veränderten Herausforderungen einstellen und gemeinsam Lösungen suchen und zeitnah umsetzen, wird es gelingen, demokratisch Kurs zu halten und die Krisen und Herausforderungen zu bewältigen.

Eine schwierige Zeit, in der wir heute leben. Zunächst wünschen wir Ihnen aber gesegnete Weihnachten, einen guten Übergang in das Jahr 2023 und ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2023. Bleiben Sie offen für neue Entwicklungen.

Ihre Redaktion

G. Haurand • K. Hornung • R. Schmorleiz •  
J. Seybold • T. Wehrmann • H. Weidemann